

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

März 1953

Nr. 74

Preis S 2.-

UNTERSTÜTZT DIE BOLIVIANISCHE REVOLUTION !

Die bolivianische Revolution erweitert sich ständig. An der Seite der Arbeiter und des fortgeschrittenen radikalen Kleinbürgertums der Städte treten nun in immer stärkerem Maße die bäuerlichen Massen und die Leibeigenen der Latifundien des Altiplano (Hochplateaus) und des östlichen Teiles des Landes, sowie die kleinen Landbesitzer der Niederungen, in den Kampf ein.

In dem Gebiet von Chochabamba verjagten die Bauern die Großgrundbesitzer und nahmen den Boden in Besitz.

Die gewerkschaftliche Organisation der bäuerlichen Massen macht überall große Fortschritte. Gewerkschaften und Komitees werden gegründet.

Die Arbeiter, die bereits die Nationalisierung der Minen erzwungen haben, kämpfen jetzt um eine wirkliche Arbeiterkontrolle über diese, um die Manöver der Regierung, die sich auf eine beschränkte Schicht von Gewerkschaftsbürokraten stützt, zu verhindern.

Die Enttäuschung der Massen gegenüber der M.N.R. wird immer größer, ebenso die Konfusion und die innere Krise dieser Bewegung. Der Kongreß der M.N.R., welcher im vergangenen Dezember abgehalten werden sollte, wurde vom neuen verschoben.

Der Kampf konzentriert sich immer mehr und mehr zwischen der Regierung und der P.O.R., der bolivianischen Sektion der IV. Internationale. Er ist schon in die Phase systematischer und auch tätlicher Angriffe seitens der Regierung und der von ihr kontrollierten Kräfte gegen die P.O.R. eingetreten.

Die Veröffentlichung der Zeitung, sowie jeder anderen Literatur der P.O.R. werden erschwert. Spezialkommandos und die Polizei versuchen die Verteilung der Zeitung in den Minenzentren zu verhindern. Die Reaktion der Arbeiter gegen diese Gewaltmethoden haben in verschiedenen Orten den Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung eine Niederlage bereitet.

Die Popularität der P.O.R. erhöht sich ständig, ihre Erfolge in den Gewerkschaften, die Organisation der Bauern und der kleinbürgerlichen Schichten der Städte nehmen zu.

Die P.O.R. gründete soeben die Vereinigung der Privatangestellten (C.T.P.). Diese umfaßt sechs nationale Arbeiterorganisationen der Mittelklassen. Diese Vereinigung wird mit 30 Delegierten, die alle P.O.R.-Anhänger sind, am nächsten Kongreß der C.O.B. (Bolivianische Arbeiter-Zentrale) teilnehmen. Dieser Kongreß ist durch die Machenschaften der Regierung und der Führer der M.N.R. etwas ver-

zögert worden. Aber er wird unter allen Umständen abgehalten werden. Die sehr große Mehrheit der Arbeiterdelegationen aus allen Teilen des Landes für diesen Kongreß bleibt weiterhin fest mit der P.O.R. verbunden.

Die bäuerlichen Massen werden durch die P.O.R., die sich immer stärker als der bewußte Führer der bolivianischen Revolution erweist, mobilisiert und organisiert.

Die Stalinisten befinden sich in voller Zersetzung und begnügen sich mit der elenden Rolle einer bedingungslosen Unterstützung des Kampfes der Regierung und der Führer der M.N.R. gegen die P.O.R.

Der Einfluß der bolivianischen Revolution, wie auch die revolutionäre Aktivität der P.O.R. beginnen sich auf die Arbeiterbewegung der lateinamerikanischen Länder auszuwirken. Das beweist z.B. der prächtige Empfang des chilenischen Proletariats für die Delegation der C.O.B., die sich in dieses Land begeben hat. Die Delegation war durch den Genossen Edwin A. Moller, dem Führer der C.O.B. und der P.O.R. geleitet. Sie konnte auch dem Kongreß der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und dem chilenischen Bund C.T.C.H. beiwohnen, um dort die Entwicklung und die Bedeutung der bolivianischen Revolution zu erklären.

Wichtige Arbeitergewerkschaften von Santiago, Valparaiso und Vina del Mar haben die Delegation eingeladen und bei dieser Gelegenheit Versammlungen und Sonderkonferenzen organisiert.

Durch das Hilfskomitee für die bolivianische Revolution und das Komitee der Gewerkschaftsunion, sowie durch die chilenische P.O.R., die chilenische Sektion der IV. Internationale, waren gleichfalls Versammlungen organisiert worden.

Die von dem Genossen Moller geführte Delegation hat durch die Mobilisierung des chilenischen Proletariats zugunsten der bolivianischen Revolution Gelegenheit gefunden, das Programm und die Aktion der C.O.B. und der bolivianischen P.O.R. zu popularisieren.

Unsere bolivianischen Genossen stehen gegenwärtig in einem Kampf von einem Umfang und einer Bedeutung, wie noch nie zuvor. Sie mobilisieren in diesem Kampf alle ihre Kräfte und Hilfsmittel, die aber nicht genügen, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Sie benötigen eine dringende und umfangreiche Hilfe.

Wir richten an alle Angehörigen und Sympathisierenden der IV. Internationale, an die marxistisch-revolutionären Arbeiter aller Länder den Ruf, jetzt mit aller Kraft unseren bolivianischen Brüdern zu helfen, welche unter der Fahne von Lenin und Trotzki für die wahre proletarische Revolution kämpfen!

Bildet in jedem Land und in jeder Stadt Hilfskomitees für die bolivianische Revolution. Nehmt jede mögliche Gelegenheit wahr, um eine unverzügliche Hilfe zu leisten, versäumt keine Gelegenheit!

Jänner 1953

Das Internationale
Sekretariat der IV. Internationale

NACH DEN WAHLEN

Als im Herbst des vergangenen Jahres die Bourgeoisie mit dem Kamnitzprogramm eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse einleitete, war für die SP ein Punkt erreicht, von dem an sie nicht mehr gut nachgeben konnte, ohne den Ast, auf dem sie sitzt, absägen zu helfen. Es folgte die Demission der Regierung Figl-Schärf und die vorzeitige Neuwahl des Nationalrates. Für die SP ist der "Appell an die Wähler" das Äußerste, zu dem sie sich aufzuschwingen vermag,

und dem Stimmzettel schreibt sie das geheimnisvolle Vermögen zu, jeden Knoten entwirren und gegebenenfalls sogar das "Kräfteverhältnis" ändern zu können. Für die SP ist das politische Kräfteverhältnis nicht jenes, das sich aus der realen Position und dem tatsächlichen Kampf der Klassen, sondern jenes, das sich aus der Anzahl der Mandate im Parlament ergibt. Der "Apell an die Wähler" hat stattgefunden und das parlamentarische Kräfteverhältnis in einem bestimmten, jedoch nicht entscheidenden Ausmaß zugunsten der SP geändert, und nun zeigt sich, daß dadurch die wirklichen Probleme, die zum Rücktritt der Regierung und zur Auflösung des Nationalrates geführt haben, keineswegs gelöst sind. Die Krise in den Beziehungen zwischen SP und VP dauert an. Mehr als vier Wochen sind seit den Wahlen verstrichen und die SP muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sie überhaupt aus der Regierung entfernt wird. Bestätigt das nicht unsere vor den Wahlen gegebene Einschätzung, daß wir an einem Wendepunkt der österreichischen Innenpolitik stehen? Bestätigt das nicht, was wir immer wieder sagen, daß das Kräfteverhältnis der Klassen durch außerparlamentarische Faktoren bestimmt, daß es nur durch den außerparlamentarischen Klassenkampf verändert werden kann?

Was besagt das Wahlergebnis?

Ändert der Stimmzettel auch nichts am wirklichen Kräfteverhältnis, so zeigt er doch an, wo die Massen stehen, wohin die einzelnen Klassen tendieren. In Österreich war schon in der Zwischenkriegszeit die Arbeiterklasse zum größten Teil aus der unmittelbaren politischen Gefolgschaft der Bourgeoisie losgelöst; in Österreich folgt seit über drei Jahrzehnten die Arbeiterklasse der SP. Der Massenanhang der entscheidenden Parteien hat sich bis heute als ziemlich gleichbleibend erwiesen; stimmenmäßig hat das Verhältnis zwischen katholischer, deutschnationaler und sozialdemokratischer Partei keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Bei den Verschiebungen zwischen den einzelnen Parteien ging es stets nur um einige wenige Prozente. Der Stimmzettel zeigt in Österreich also nicht so sehr an, wohin die großen Massen, als vielmehr, wohin die sozialen Grenzschichten tendieren. Diese Schichten wechseln am leichtesten das Lager, sie sind politisch am unbeständigsten; gerade deshalb zeigt der Ort, an dem sie jeweils stehen, die Tendenz der Entwicklung der Klassenbeziehungen mit ziemlicher Genauigkeit an. Was besagt nun das Ergebnis der Wahlen vom 22. Februar?

Die ÖVP hat 64.000 Stimmen verloren, davon 38.000 in Wien, die übrigen in jenen Wahlkreisen, in denen industrielle Betriebe von einigermaßen Bedeutung vorhanden sind. Der Stimmengewinn in anderen Wahlkreisen ist bescheiden. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß ein Teil jener zurückgebliebenen Arbeiter (gläubige Katholiken, Land- und Forstarbeiter), die den bescheidenen Arbeiteranhang der VP stellen, sich von dieser abgewandt hat. Die mit dem Kamitzprogramm im Zusammenhang stehende Bedrohung der Sozialversicherung, die Behinderung des sozialen Wohnbaues, der Versuch, den Unternehmern Steuergeschenke auf Kosten der Arbeiter zukommen zu lassen - Dinge, die den kapitalistischen Kurs der VP in einer auch zurückgebliebenen Arbeiterschichten verständlichen Weise zeigen - sowie die Furcht vor einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit waren wohl der Anstoß hierzu.

Uneinheitlich ist das Ergebnis für den VdU. Er hat insgesamt 16.000 Stimmen verloren; doch während er im Westen und Süden manchmal ein Drittel und mehr Stimmen eingebüßt und sich in vielen Orten geradezu halbiert hat, konnte er sich im Osten in Wahlkreisen, die Industrie aufweisen, behaupten oder sogar kleinere Gewinne ver-

zeichnen. Doch einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielte er in Wien (+45.000), wodurch die Verluste in der Provinz einigermaßen ausgeglichen wurden. Dieser Gewinn verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Wiener Gemeindebezirke; in so ausgesprochenen Arbeiterbezirken wie Simmering, Favoriten, Ottakring, Hernals haben sich die VdU-Stimmen mehr als verdoppelt.

Die VdU-Wähler sind im großen und ganzen mit dem früheren Nazi- (und noch früheren deutschnationalen) Anhang identisch; sie kommen zum größten Teil aus der sogenannten Provinzintelligenz sowie von den kaufmännischen und technischen Angestellten des Kapitals, d.h. sie kommen aus jenen Grenzsichten, auf die wir hingewiesen haben. Aus der Bewegung der VdU-Wähler können also gewisse Schlüsse gezogen werden. Die Frage ist: hinkt bei dem widersprüchlichen Wahlergebnis Wien der Provinz nach, oder ist es umgekehrt. Es ist schwierig, darauf eine Antwort zu finden, doch bei der symptomatischen Bedeutung einer solchen Antwort muß es immerhin versucht werden.

Vergleicht man die Zahlen der Nationalratswahl von 1953 mit denen des ersten Wahlganges der Präsidentenwahlen von 1951, bei denen der VdU-Kandidat Breitner mehr als 600.000 Stimmen erhalten hat, dann zeigt sich, daß der Aufschwung des VdU - auch in Wien - in der Zeit zwischen 1949 und 1951 liegt. Gemessen an den Zahlen von 1951 scheint der VdU sowohl in Wien als auch in der Provinz im Rückgang. Die Präsidentenwahlen haben in ihrem zweiten Wahlgang zudem gezeigt, wie labil der Anhang des VdU ist. Wir können mit Gewisheit annehmen, daß ein Teil des Arbeiteranhanges des VdU sich von ihm, der sich noch offener als die VP von den Banken abhängig gezeigt hat, abgewandt hat.

Die als "Volksopposition" getarnte Stalinpartei konnte trotz (oder vielleicht gerade wegen) ihres Zusammengehens mit der bürgerlichen Splittergruppe des ehemaligen Dollfußministers Dobretsberger nichts dazugewinnen. Summiert man die Stimmen, die Linksblock und Dobretsbergergruppe 1949 erhalten haben, so ergibt sich ein ungefähres Gleichbleiben; berücksichtigt man, daß es diesmal um 120.000 Wähler mehr gegeben, daß die VO in wichtigen Wiener Arbeiterbezirken Stimmen und in dem Arbeiterwahlkreis Wien-Nordost ihr Wiener Grundmandat verloren hat, dann verwandelt sich dieses Gleichbleiben in einen effektiven Verlust. Und das bei fast 300.000 Arbeitslosen! Der Stalinismus stagniert in Österreich. Wenn sich diese Stagnation nicht auch in einem größeren organisatorischen Rückgang der KP bemerkbar macht, so einfach deshalb, weil der stalinistische Anhang in hohem Maße durch den Arbeitsplatz in Usia-Betrieben, Postenvergebung usw. an die KP gebunden ist.

Die SP hat 195.000 Stimmen gewonnen und ist, zwar nicht der Zahl der Mandate nach, aber stimmenmäßig zur stärksten Partei geworden. Sie hat in allen Wahlkreisen neue Stimmen gewonnen; hervorzuheben sind bedeutende Stimmengewinne im Westen und Süden Österreichs.

Der Stimmengewinn der SP resultiert nicht nur aus den Verlusten der anderen Parteien, sondern auch daher, daß ein bedeutender Teil der neuen jugendlichen Wähler für sie gestimmt hat. Es hat sich gezeigt, daß das erstemal, bei dem die SP sich zu einem, wenn auch zaghaften und nur auf den parlamentarischen Boden beschränkten Widerstand gegen die kapitalistischen Forderungen aufgerafft hat, ihr das nicht nur keinen Abbruch getan, sondern neue Wähler zugeführt hat.

Betrachten wir nun das Wahlergebnis klassenmäßig, indem wir die SP- und VO-Stimmen zusammenzählen und indem wir weiters die VP- und VdU-Stimmen bei Außerachtlassung der keiner Beachtung werten bürgerlichen Splittergruppen addieren, dann hat das Arbeiterlager beträchtlich an Stimmen gegenüber dem bürgerlichen Lager aufgeholt: bei einem Mehr von 120.000 Wählern hat das Arbeiterlager seit 1949

rund 210.000 Stimmen gewonnen, das bürgerliche rund 80.000 verloren. Was besagt nun dieses Ergebnis? Es zeigt eine Klassenkonstellation, bei der auf der einen Seite die Bourgeoisie mit einem gegen weitere Abbröckelungen in einem Kampf, der sich auf rein parlamentarische Auseinandersetzungen beschränkt, nun ziemlich resistenten kleinbürgerlich-bäuerlichen Massenanhang stützt und bei der auf der anderen Seite das Arbeiterlager steht. Die SP, von der Bourgeoisie zurückgestoßen, mußte die Rolle einer Mittelpartei aufgeben und steht nun faktisch an der Spitze des Arbeiterlagers als dessen (unzulängliche, kompromißlerische, letzten Endes verräterische) Führung. Zwischen diesen beiden Lagern gibt es keinerlei Zwischengruppierungen. Das ist das Bild einer immer deutlicher werdenden Polarisierung der Klassenkräfte mit der Perspektive neuer, aus unvermeidlichen Verschärfungen der Gegensätze entspringender Klassenkämpfe, wobei - über diese Tatsache dürfen wir uns durch den Stimmzettelsieg der SP nicht täuschen lassen - die Bourgeoisie vorläufig in der Rolle des Angreifers ist. Dennoch ist auch der Stimmzettelsieg von einer gewissen Bedeutung. Er zeigt, daß die Arbeiterklasse, die seit der Wiederherstellung der Demokratie noch keine Niederlage im offenen Kampf erlitten hat, durchaus imstande ist, Schichten, die bisher der Bourgeoisie gefolgt sind, an sich zu ziehen. In diesem Sinne waren die Wahlen ein Erfolg für die Arbeiterklasse, eine Niederlage der Bourgeoisie. Allerdings - und das müssen wir uns immer vor Augen halten - ein Stimmzettelerfolg, der am tatsächlichen Kräfteverhältnis der Klassen noch gar nichts ändert, sondern der der Arbeiterklasse nur für eine gewisse beschränkte Zeit eine günstigere Ausgangsstellung für den wirklichen Kampf schafft.

Die Bourgeoisie ist weiter im Angriff

Wenn die Gesetze der parlamentarischen Logik mit denen des allgemeinen Lebens identisch wären, müßte aus den Februarwahlen wieder eine auf einer Koalition von SP und VP beruhende Regierung hervorgehen. Die SP ist zu einer solchen Koalition ohne weiters bereit; sie war sogar der Meinung, der Wahlausgang berechtigt sie, Forderungen auf einige Ministerien zu stellen, die bisher von der VP verwaltet wurden. Die VP hat die Illusionen der SP-Führung zerstört; gleich bei der ersten Besprechung über die Regierungsbildung erklärte sie, mit dem VdU ein Abkommen zwecks gemeinsamen Vorgehens getroffen zu haben; der VdU solle in die Regierung aufgenommen werden. Wenn die SP nicht pariert, wenn sie das Regierungsprogramm der VP nicht akzeptiert, dann könne es - so drohen die Raab und Konsorten - dazu kommen, daß eine Regierung unter Ausschluß der SP gebildet wird. Nach dem parlamentarischen Kräfteverhältnis - und ein anderes kennt die SP vorläufig nicht - ist eine Bürgerblockregierung ohne weiters möglich; Dollfuß hat mit nur einer Stimme Mehrheit regiert und eine neue Bürgerblockregierung würde über eine Mehrheit von elf Stimmen verfügen. Hier ist der Punkt, wo sogar den Schärf-Helmer aufdämmern wird, daß sich den Gesetzen der parlamentarischen Arithmetik unterwerfen unter Umständen bedeuten kann, sich den Gegnern mit gebundenen Händen auszuliefern.

Entgegen den Erwartungen aller jener, in denen der Stimmzettelsieg Illusionen erzeugt hat, ist die Bourgeoisie weiterhin im Angriff. Der Vorsprung von einem Mandat hat der VP die Initiative bei der Regierungsbildung gesichert. Der VP-Obmann Raab hat als Programm der kommenden Regierung drei Hauptforderungen aufgestellt: Durchführung und Fortsetzung des Kamitzprogramms; die "kulturellen Fragen, wie die gerechte Unterstützung der katholi-

schen Schulen und die Eheschließung im Sinne wirklicher Freizügigkeit" müssen einer Regelung zugeführt werden; für den "Schutz der Gesinnung aller Bevölkerungsschichten, besonders der Arbeiter und Angestellten in den verstaatlichten Betrieben", ist zu sorgen. "In den verstaatlichten Betrieben muß auch in der Verwaltung durch die Bestellung der zuständigen Organe endlich Ordnung gemacht werden." Mit anderen Worten, das Kamitzprogramm soll mit einem Programm der kulturellen (Stärkung des Einflusses der Kirche), der politischen (Neuaufgabe des "Antiterror"gesetzes) und administrativen Reaktion (Verdrängung der SP vorerst aus der Führung der verstaatlichten Betriebe) kombiniert werden. Dieses Programm will die VP durch verstärkten Druck auf die SP durchsetzen.

Die SP hat kategorisch erklärt, an keiner Regierung teilnehmen zu wollen, in die der VdU einbezogen wird. Die Antwort der VP war die endgültige Ausbootung Figls, der den einer Koalition mit der SP zugeneigten Flügel der VP repräsentiert, und die Designation des Scharfmachers Raab für den Kanzlerposten. Raab ist der "starke Mann" der VP, der Einpeitscher des kapitalistischen Kurses, den seine Vergangenheit als Heimwehrführer prädestiniert, den parlamentarischen Druck auf die SP durch den außerparlamentarischen zu verstärken.

Wird die SP aus der Regierung eliminiert?

Die Krise in den Beziehungen der bisherigen Koalitionsparteien bestätigt unsere Einschätzung, daß wir an einem Wendepunkt der österreichischen Innenpolitik angelangt sind..... Halten wir fest: ein Wendepunkt, der durch zwei gegensätzliche Tendenzen gekennzeichnet ist. Einerseits wird die Bourgeoisie durch ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten gezwungen, immer schärfere Angriffe gegen die Lebenshaltung der breiten Massen zu richten. Andererseits werden gerade dadurch diese Massen zu einer Abwehr dieser Angriffe angetrieben. Ein wichtiges Symptom für die zweite Tendenz ist der Wahlsieg der SP. Doch der durch den Stimmzettel allein kann, wie die Vorgänge rund um die Regierungsbildung zeigen, die kapitalistische Offensive nicht aufhalten. Wir wissen zu dem Zeitpunkt, da dies geschrieben wird, noch nicht, wie die Krise der Regierungsbildung gelöst und ob und unter welchen konkreten Bedingungen es zu einer neuen Koalition von SP und VP kommen wird. Eines ist sicher, daß die VP von nun an die SP ständig mit der Drohung einer Bürgerblockregierung erpressen wird. Es ist durchaus möglich, daß die Krise (vielleicht nach einem Umweg über Neuwahlen) eine zeitweilige Lösung in einer neuen Koalition von SP und VP findet - doch die Koalition alten Stils ist tot, die Periode der "friedlichen Vereinbarungen" (hinter verschlossenen Türen) ist zuende. Die Kompromisse, auf denen eine neue Koalition beruhen könnte, die Kompromisse, die innerhalb einer solchen Koalition zustande kämen, würden das Ergebnis mehr oder weniger offener Klassenkämpfe sein. Dabei würde in jeder kritischen Etappe die VP den faschistischen VdU gegen die SP ausspielen. Der VdU würde sich als Zünglein an der Waage fühlen, seine Bedeutung würde wachsen, seine Forderungen würden steigen, sein Gewicht ähnlich jenem der Heimwehr schwerer wiegen, als ihm auf Grund seiner parlamentarischen Vertretung zukommt. Ob mit oder ohne neue Koalition, die kommende Periode der österreichischen Innenpolitik wird dynamischer als bisher sein.

Die heikle außenpolitische Lage Österreichs legen der Bourgeoisie gewisse Beschränkungen auf. Eine Bürgerblockregierung, ein

Zurückversetzen der SP in die Rolle einer parlamentarischen Opposition ist heute denkbar; eine gänzliche Ausschaltung der SP, die Aufrichtung einer offenen kapitalistischen Diktatur würde die Zerreißung Österreichs bedeuten.

Um mit Hilfe der Besatzungsmacht in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs die Volksdemokratie aufzurichten, dazu reicht sogar die Kraft der KPÖ aus. Das weiß die Bourgeoisie, das weiß auch die SP. Darum rechnet die SP - weit mehr als mit der Kraft der Arbeiterklasse - mit der wohlwollenden Unterstützung durch die amerikanischen Imperialisten, in deren Interesse es gegenwärtig liegt, jede Gefahr einer Zerreißung Österreichs zu vermeiden. Wenn durch eine solche Intervention auch die Sitze der SP in der Regierung und gewisse bürokratische Spitzenpositionen gewahrt würden, so ist dasselbe nicht mit den Arbeiterinteressen der Fall; bei einer Politik, die mehr auf die "Unentbehrlichkeit" der SP für die Wahrung der Interessen des USA-Imperialismus als auf die Kraft der Arbeiterklasse setzt, werden die Arbeiterinteressen auf alle Fälle unter die Räder kommen.

Der außerparlamentarische Klassenkampf - eine Notwendigkeit!

Wir haben vor den Wahlen darauf verwiesen, daß die SP den Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse auf die parlamentarische Auseinandersetzung reduzieren will. Das Verhalten der SP-Führung nach den Wahlen zeigt, daß die SP nicht im Traum daran denkt, davon abzugehen. Gerade jetzt, wo die VP politisch weiter offensiv gegen die Arbeiterklasse vorgeht und trotz ihrer Niederlage im Wahlkampf ein Programm verschärfter wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer und kultureller Reaktion als Programm der neu zu bildenden Regierung vorzulegen wagt, gerade jetzt ist es notwendig, dem Druck der angreifenden Bourgeoisie den Gegendruck der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Mit Stimmzetteln kann der kapitalistische Angriff nicht gestoppt werden, das sehen wir jetzt in diesen Tagen; nur der außerparlamentarische Kampf kann der Bourgeoisie Einhalt gebieten. Dazu ist gerade die Situation günstig, wie sie sich nach den Wahlen ergeben hat.

Zweifellos sind die Arbeiter durch den günstigen Wahlausgang belebt worden, doch diese Belebung wird in Enttäuschung und Apathie umschlagen, wenn die SP passiv bleibt und abwartet, ob es der VP am Ende doch noch genehm ist, die SP wieder in die Regierung aufzunehmen. Auf diese Gefahr, daß die günstige Situation verpaßt und vertan wird, müssen wir die Arbeiter hinweisen. Die Bedingungen hierzu sind gute. Wir haben vor den Wahlen gesagt, daß, je stärker die SP wird, desto größer auch der Widerspruch sein wird zwischen dem, was die SP in Worten vertritt und dem, was sie zu dessen Durchsetzung tut, und daß, je größer dieser Widerspruch, desto leichter die Arbeiter zu überzeugen sein werden, daß sie ihre eigenen Führer durch den außerparlamentarischen Kampf unterstützen müssen. Behalten wir dabei im Auge, daß unsere Vorschläge positiv und realistisch und unsere Kritik maßvoll sein soll. Unser Kampf gegen die Koalitionspolitik darf nicht darauf hinauslaufen, mit Deklamationen über deren "prinzipielle Unzulänglichkeit" zu beginnen und mit dem Verlangen aufzuhören, die SP möge aus der "Regierung dieses kapitalistischen Klassenstaates" austreten. Abstrakte Wahrheiten verwandeln sich, wenn wir die Kette nicht beim richtigen Glied zu packen verstehen, in konkrete Eseleien. Das konkrete Glied ist aber der wachsende Widerspruch zwischen den Worten und Taten der SP, die immer mehr in eine Zange zwischen den wachsenden Druck

der Bourgeoisie und dem der Massen gerät. Ein konkretes Beispiel hierfür waren in den letzten Tagen die Vorgänge rund um die Milchpreiserhöhung. Das erste Wort der SP war ein kategorisches Nein; zugleich aber beschränkte sie den Kampf gegen die Milchverteuerer auf eine leere Geste: die Preiserhöhung wurde für "ungesetzlich" erklärt. Der Mut der SP hielt ganze 24 Stunden an. In der Provinz begannen die Arbeiter in den Betrieben Resolutionen gegen die Milchverteuerer zu beschließen; es kam bis hart vor vereinzelte Streikaktionen. Erschrocken über dieses "Mißverstehen" wich die SP-Führung zurück und kapitulierte. Zu solchen Episoden wird es nun immer wieder kommen und die SP-Führung wird sich in immer größere Widersprüche verwickeln.

Schließlich dürfen wir nicht vergessen, unserer Propaganda für den außerparlamentarischen Massenkampf ein konkretes politisches Ziel zu geben, das den gegenwärtigen Stand des Massenbewußtseins mit unserem Programm, dem Programm der IV. Internationale, verbindet. Dieses konkrete politische Ziel, das wir dem außerparlamentarischen Kampf stellen und für das wir gerade jetzt innerhalb der SP Propaganda machen können und Propaganda machen müssen, ist das einer SP-Regierung und als Voretappe hierzu vielleicht das einer von der SP geführten Regierung, wobei wir bei letzterer Losung die Frage der kapitalistischen Minister innerhalb einer solchen Regierung bewußt der Erfahrung der Massen überlassen.

26. März 1953